

Der 1. November 2003 kann nur ein Auftakt gewesen sein !

Erklärung des Bundestreffens der PDS AG betrieb & gewerkschaft zu den Gewerkschaftstagen und zur Demonstration am 1.11.2003

Mit *ver.di* und der IG Metall hielten die beiden größten DGB-Gewerkschaften sowie die Gewerkschaft NGG im Oktober 2003 ihre Bundeskongresse ab .

Alle drei Kongresse zeigten, dass sehr viele Delegierte in Opposition zu den Maßnahmen der SPD geführten Bundesregierung stehen, die mit Agenda 2010, Hartz-Gesetzen usw. eine weitgehende Beseitigung des Sozialstaates durchsetzen will. Deutlich wurde auch, dass ohne eine gewerkschaftliche Basisbeteiligung erfolgreiche Gegenwehr nicht möglich sein wird.

Entschieden abgelehnt wurde auf allen drei Gewerkschaftskongressen auch die geplanten Angriffe auf das Tarifrecht, wie sie von der SPD/Grünen-Regierung - aber am entschiedensten von CDU und FDP vorgetragen werden.

Problematisch ist aber eine Ausrichtung der Gewerkschaften, die sich im Wesentlichen auf das Konfliktfeld des Tarifrechts beschränken wollen. Falls darin der Versuch unternommen werden sollte, weiter einen Schulterchluss mit der Bundesregierung zu pflegen, nur weil sich SPD/Bündnisgrüne sich derzeit in dieser Frage etwas moderater verhalten, ist dies vollkommen fehl am Platz. Es war Bundeskanzler Schröder selbst, der in Begründung der Agenda 2010 im Bundestag als erster die Drohung zur Änderung des Tarifvertragsrechts ausgesprochen hat. Der Widerstand der Gewerkschaften muss auf allen Feldern des Sozialabbaus geführt werden !

Zu Recht wurde auf allen drei Kongressen – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - darauf hingewiesen, dass die deutschen Gewerkschaften im politisch-parlamentarischen Raum erstmals ohne Bündnispartner dastehen. Folgerichtig wird eine stärkere gewerkschaftliche Autonomie und die Suche nach anderen Bündnispartnern befürwortet um Mehrheiten in der Gesellschaft zu erreichen.

Unklar blieb jedoch weitgehend, wie diese politische Autonomie aussehen und wie und mit welchen Bündnispartnern der soziale Widerstand bewegt werden soll.

Die PDS wird aufgrund ihrer realen Politik in den Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin von GewerkschafterInnen, die sich gegen Sozialabbau zur Wehr setzen, nicht als Bündnispartnerin sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Erinnerung sei u.a. an die bundesweite Initiative des Berliner Senats zum Beamtenbesoldungsgesetz, die eine flächendeckenden Absenkung von Einkommen im Öffentlichen Dienst zur Folge hat und weiter haben wird.

Gleichwohl besitzt die PDS mit der „Agenda sozial“ eine klare Positionierung als Alternative zum Sozialabbau. Die PDS hat sich in ihrem neuen Parteiprogramm unzweideutig für den Erhalt der Flächentarifverträge und für aktionsfähige Gewerkschaften ausgesprochen. Sie hat als einzige relevante Partei aktiv für die Demonstration gegen den Sozialabbau am 1. November 2003 in Berlin mobilisiert. Die beiden PDS-Abgeordneten im Bundestag sind oft die einzigen Stimmen, die Reichsde den sozialen Protest zu Gehör bringen. Das unterscheidet die PDS positiv von allen anderen Parteien im Bundestag. Diese und andere Fakten eröffnen die Möglichkeit, dass die PDS eine wichtige Bündnispartnerin für die Gewerkschaften wird. Dafür wollen wir als AG betrieb & gewerkschaft wirken.

Gerade die Demonstration am 1. November 2003 hat gezeigt, wie falsch es war, den Widerstand gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze mit dem 24. Mai 2003 einzustellen. Am 1. November 2003 haben Tausende ehren- und hauptamtliche GewerkschafterInnen bewiesen, dass es möglich ist den Widerstand massiv auf die Straße zu bringen.

Als AG der GewerkschafterInnen der PDS werden wir alles tun, gewerkschaftlichen und politischen Widerstand sowie Alternativen zur Politik der Bundesregierung in die Betriebe, Stadtteile und auf die Straße zu bringen.

Der 1. November 2003 kann nur ein Auftakt gewesen sein. Nicht nur wir wissen: Schröder, Fischer, Merkel, Stoiber und Westerwelle werden sich mit der Agenda 2010, der Gesundheitsreform und den Hartz-Gesetzen nicht zufriedengeben. Sie wollen in dieser Richtung weitermachen.

Gegen diese sozialen Kahlschlag muß der soziale Widerstand weitergehen.

Magdeburg, den 15. November 2003

Bundestreffen der PDS AG betrieb & gewerkschaft

(einstimmig)

